

Pressemitteilung

ABO Wind weist Vorwürfe entschieden zurück

- **Anschuldigungen des Wöllstädter Bürgermeisters sind substanzlos**
- **Offene Fragen bei Ortstermin mit Verantwortlichen in Friedberg geklärt**
- **Regierungspräsidium Darmstadt genehmigt Entsorgungskonzept für Erdaushub**

(Wiesbaden, 23. Februar 2011) Den vorbereitenden Arbeiten zur Errichtung eines Windparks zwischen dem Friedberger Stadtteil Bruchenbrücken und der Gemeinde Wöllstadt steht nichts im Wege. Das ist das Fazit einer gemeinsamen Ortsbegehung von Planern des Wiesbadener Windprojektierers ABO Wind mit Vertretern der Oberen und Unteren Naturschutzbehörde, der Unteren Bodenschutzbehörde, des Bauamts Wetteraukreis sowie der Immissionsschutzbehörde des Regierungspräsidiums Darmstadt und einem ökologischen Gutachter.

Den Termin am späten Dienstagnachmittag dieser Woche hatte das Planungsteam von ABO Wind anberaunt, um die Vorwürfe gegen das Unternehmen auszuräumen. Der Bürgermeister der Gemeinde Wöllstadt, Alfons Götz, hatte das Vorgehen von ABO Wind rund um die Errichtung der drei Windräder in der Presse mehrfach als „kriminell“ bezeichnet und den Vorwurf erhoben, dass Arbeiten „ohne Genehmigung“ verrichtet worden seien. „Die Vorwürfe des Bürgermeisters sind unhaltbar und entbehren jeder Grundlage“, sagt ABO-Wind-Projektleiterin Verena Dahlhäuser. Die Reaktion des Bürgermeisters empfinden sie und ihre Kollegen als maß- und substanzlos. Den Angriff auf das Unternehmen wertet ABO Wind als letzten verzweifelten und zum Scheitern verurteilten Versuch, das Projekt zu torpedieren. Schließlich hat ABO Wind bereits mehrere Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Friedberger Windkraftprojekt gewonnen. „Nachdem alle Argumente ausgetauscht sind, verlegt sich der Bürgermeister nun auf polemische Attacken, die letztlich auf ihn selbst zurückfallen“, bedauert Georg von Aretin, Leiter Windkraftplanung Deutschland. „Der Bürgermeister schadet dem Ruf der Gemeinde, indem er den Windpark dämonisiert und die mit diesem verbundenen, vergleichsweise kleinen Beeinträchtigungen derart dramatisiert, dass Beobachter den Eindruck gewinnen könnten, Wöllstadt sei künftig kein lebenswerter Ort mehr.“

Einer der Vorwürfe, der in den vergangenen Tagen vorgebracht wurde, lautete, ABO Wind habe den Erdaushub der Baustelle nicht auf dem Baugrundstück gelagert, sondern ohne Genehmigung auf benachbarte Äcker aufgebracht. „Wir haben mit dem Aushub das Wegeniveau angeglichen“, erklärt von Aretin. Damit wird den Landwirten die Bewirtschaftung erleichtert und deshalb werde dieses Vor-

gehen von der Bodenbehörde akzeptiert. „Wir haben Verträge mit den Eigentümern der betreffenden Grundstücke geschlossen. Sie haben sogar ausdrücklich gewünscht, dass die Neigung des Weges ausgeglichen wird“, betont von Aretin. „Allerdings wird es noch Nachbesserungen geben an Stellen, wo die Erde zu hoch aufgetragen wurde“, räumt er ein. Für den übrigen Erdaushub wurde dem Regierungspräsidium Darmstadt inzwischen ein Entsorgungskonzept vorgelegt, das bereits bewilligt ist: Die Reste werden in einen Steinbruch gebracht.

Mit weiteren Arbeiten an den Böschungen – die nicht in der Genehmigung für die Errichtung der Wege enthalten sind – wartet ABO Wind so lange, bis das Regierungspräsidium die Eingriffsgenehmigung erteilt hat. Dieses Vorgehen wurde mit der Oberen Naturschutzbehörde beim Ortstermin besprochen. Eine solche Genehmigung ist formal notwendig. In der Verwaltungspraxis wird sie üblicherweise aber nicht gefordert. Dass die Anforderungen bei diesem Projekt wegen der besonderen öffentlichen Aufmerksamkeit höher sind als bei anderen, haben die Planer unterschätzt. „Das Versäumte werden wir jetzt nachholen, wie alle Fragen können wir auch diese klären“, betont Planerin Dahlhäuser. „Dass mit den Arbeiten an den Böschungen schon begonnen worden war, hat niemandem geschadet.“

Da nicht alle Landwirte bereit waren, mit ABO Wind Sondernutzungsverträge abzuschließen und daher die Wege nicht überall verbreitert werden können, behilft sich die Windkraftfirma nun mit einer technisch und finanziell etwas aufwendigeren Lösung und verlegt Platten. „So vermeiden wir es, diese Grundstücke zu nutzen“, erläutert Dahlhäuser.

Was den Natur-, Tier- und Denkmalschutz betrifft, wurde von Anfang an eng mit den verantwortlichen Behörden zusammengearbeitet. Bereits vor Beginn der ersten Arbeiten wurde für das Gebiet ein Gutachter beauftragt – ein Spezialist für Hamsterpopulationen –, der genau untersucht, ob und welche Arten dort vorkommen und wie sie gegebenenfalls geschützt werden könnten. Tatsächlich sind auf den betroffenen Flächen trotz ausführlicher Untersuchungen keine Hamster entdeckt worden.

„Unser Unternehmen hat inzwischen mehr als 250 Windkraftanlagen in Deutschland, Frankreich und Irland errichtet. Auf Transparenz, genaue Abstimmungen und eine gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Kommunen legen wir größten Wert. Das gilt auch für dieses Projekt – hier wurden eindeutig keine anderen Maßstäbe angelegt und nicht weniger sorgfältig gearbeitet als bei anderen“, resümiert Georg von Aretin und ergänzt: „Wir sind überzeugt, dass wir den Bau plan- und rechtmäßig zu Ende bringen können. Und es würde uns sehr freuen, wenn die Gemeinde Wöllstadt zu einem zivilisierten Miteinander finden würde.“ Als Projektentwickler für erneuerbare Energien von Lokalpolitikern wie ein Schwerverbrecher behandelt zu werden, ist für das Wiesbadener Unternehmen eine neue und hoffentlich einmalige Erfahrung.

Schließlich deckt Windkraft schon heute einen maßgeblichen Teil (mehr als sieben Prozent) des Strombedarfs in Deutschland auf klimaverträgliche Weise. Mit den nun entstehenden Anlagen trägt die Region zum wünschenswerten und notwendigen weiteren Ausbau bei. Die drei Anlagen vom Typ Vestas V 90 mit 95 Meter Nabenhöhe werden am Standort Friedberg gemäß zweier unabhängiger Fachgutachten zusammen jährlich rund 12 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen. Das entspricht dem Verbrauch von 3.000 Vier-Personen-Haushalten und erspart der Umwelt jährlich den Ausstoß von mehr als 10.000 Tonnen Kohlendioxid (Berechnung auf Grundlage von Zahlen des Bundesumweltministeriums). Die Nutzung der Windkraft in Friedberg ist damit aus ökologischen wie ökonomischen Gründen gleichermaßen sinnvoll. Zu wünschen ist, dass sich auch die kommunalen Repräsentanten und die Windkraftgegner unter den Bürgern von diesen Tatsachen überzeugen lassen.

Gerne steht das Planungsteam für Fragen der Bürger und Politiker zur Verfügung.

Für Rückfragen der Redaktionen stehen zur Verfügung: ABO Wind AG, Jutta Koch und Alexander Koffka, Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden, Tel.: 06 11 / 2 67 65 – 515 oder -577, Fax: 06 11 / 2 67 65 – 599, jutta.koch@abo-wind.de, alexander.koffka@abo-wind.de, www.abo-wind.de